



05/2015 30.01.2015

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Staats- und Verwaltungsorganisation

Andreas Janko

Das Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko ist Vorstand des Instituts für Staatsrecht und Politische Wissenschaften der Johannes Kepler Universität Linz.

ISBN 978-3-902883-02-5, XI und 151 Seiten, Harteinband, gebunden, 25,- Euro

Zu beziehen auf www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 28/2015](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 56 Abs 3 des **Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 29/2015](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung des § 193 Abs 2 des **Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 30/2015 \(Anlage 1\)](#)

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die **Förderung von Bildungsmaßnahmen** im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2015 bis 2017

[BGBl II 7/2015](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Geldmarktfondsverordnung** geändert wird

[BGBl II 8/2015](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Wertpapierleih- und Pensionsgeschäfteverordnung** geändert wird

[BGBl II 10/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Festlegung von Anteilen zur Abgrenzung von Haushaltsverpackungen und gewerblichen Verpackungen (**VerpackungsabgrenzungsV**)

[BGBl II 11/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien, mit der die **BVwG-elektronischer-Verkehr-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 12/2015](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert werden (**Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – 2. Novelle 2015**, GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2015)

[BGBl II 13/2015 \(Anhang\)](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (**Energiegroßhandelsdatenverordnung** - EGHD-VO)

[BGBl II 14/2015 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft betreffend das **Verzeichnis der harmonisierten Normen für die Sicherheit von Persönlichen Schutzausrüstungen**

[BGBl II 15/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die **Verwendung von flüssigen Bio-brennstoffen** zur Minderung der Treibhausgasemissionen

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 21 v 28.01.2015, 1](#)

Richtlinie (EU) 2015/121 des Rates vom 27. Januar 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/96/EU über das **gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften** verschiedener Mitgliedstaaten

[ABl L 23 v 29.01.2015, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2015/131 der Kommission vom 23. Januar 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1235/2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr 834/2007 des Rates hinsichtlich der **Regelung der Einfuhren von ökologischen/biologischen Erzeugnissen aus Drittländern**

[ABl L 23 v 29.01.2015, 17](#)

Beschluss (EU) 2015/137 des Rates vom 26. Januar 2015 zur **Verlängerung der Amtszeit des Vizepräsidenten des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt** (Marken, Muster und Modelle) und zweier Vorsitzender der Beschwerdekammern des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2014, [V 60/2014](#) (Anlassfall [B 839/2012](#))

Oö ChancengleichheitsG; Oö ChG-Beitrags- und RichtsatzVO; Aufhebung einer weiteren Regelung betreffend die **Richtsatzbemessung** hinsichtlich des **subsidiären Mindesteinkommens für Menschen mit Beeinträchtigungen** nach der Oö ChG-Beitrags- und RichtsatzVO in der Fassung 2011 unter Bezugnahme auf die Vorjudikatur

21.11.2014, [U 2718/2012](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander und im Recht auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung der Beschwerdeführerin nach Georgien; Sachverhalt hinsichtlich des Gesundheitszustandes der Beschwerdeführerin nicht hinreichend geklärt

24.11.2014, [E 1091/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Zurückweisung des Asylantrags und Anordnung der Außerlandesbringung in die Slowakei; keine hinreichende Würdigung des Familienlebens

26.11.2014, [V 75/2014 ua](#) (Anlassfall [B 1003/2013 ua](#))

Oö MindestsicherungsG; Oö MindestsicherungsVO; Gesetzswidrigkeit einer Bestimmung der Oö MindestsicherungsVO über den festgelegten Mindeststandard für volljährige Menschen mit Beeinträchtigungen infolge **Anrechnung des Erhöhungsbetrages der Familienbeihilfe für erheblich Behinderte**; Unzulässigkeit einer Anrechnung des Erhöhungsbetrags bei der Bemessung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes auf Grund des Berücksichtigungsgebotes; verfassungskonforme Interpretation der gesetzlichen Grundlage des Oö MindestsicherungsG möglich

29.11.2014, [B 150/2013](#)

ORF-G; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Abweisung eines Antrags auf Feststellung, dass der **ORF** durch die **Abhaltung einer Schweigeminute zum Gedenken an den „Kreuzestod Christi“** im Fernsehprogramm die verfassungsgemäße Verpflichtung zur Einhaltung der konfessionellen und weltanschaulichen Neutralität sowie die Verpflichtung zur Objektivität und Sachlichkeit verletzt habe; keine Verfassungswidrigkeit der Bestimmungen des ORF-G, wonach der ORF für die angemessene Berücksichtigung der Bedeutung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften zu sorgen hat; kein Eingriff in die Religionsfreiheit des Bf

04.12.2014, [KI 1/2014](#)

UniversitätsG; Vorliegen eines **negativen Kompetenzkonfliktes zwischen VfGH und VwGH** nach Ablehnung der Beschwerdebehandlung durch den VfGH und Zurückweisung der Beschwerde durch den VwGH wegen fehlenden Rechtsschutzinteresses; Feststellung der Zuständigkeit des VwGH zur Entscheidung über die an ihn abgetretene Beschwerde gegen die Versagung der Zulassung zum Studium der Humanmedizin

09.12.2014, [G 150/2014](#), [V 61/2014](#)

TabakmonopolG; Zurückweisung des Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des TabakmonopolG 1996 sowie der Solidaritäts- und Strukturfondsordnung hinsichtlich der **Verpflichtung der Großhändler zur Leistung von Zuschlägen** infolge zumutbaren Umwegs; Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zur Entscheidung über das Bestehen der gesetzlich angeordneten vertraglichen Pflicht zur Entrichtung der Zuschläge

10.12.2014, [G 133/2014](#)

BundesbahnG; teils Zurück-, teils Abweisung eines Antrags des Bundesfinanzgerichtes auf Aufhebung von Bestimmungen des BundesbahnG 1992 betreffend die **Abgabenbefreiung der ÖBB-Infrastruktur AG** hinsichtlich des **Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds**; keine ungerechtfertigte Besserstellung der im Anlassverfahren bf Ge-

sellschaft gegenüber allen anderen Dienstgebern; Abgabenbefreiung der ÖBB im Bereich Infrastruktur auf Grund des gegebenen öffentlichen Interesses sachlich gerechtfertigt; keine Unbestimmtheit des Umfangs der Abgabenbefreiung

10.12.2014, [B 967/2012 ua](#)

Allgemeines SozialversicherungsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Feststellung der **Verpflichtung eines Arztes** zur **Verrichtung eines ärztlichen Bereitschaftsdienstes** auch an Samstagen; keine Anwendbarkeit des Verbots der Zwangsarbeit der EMRK auf die auf vertraglicher Grundlage beruhende Verpflichtung zur Teilnahme am notärztlichen Dienst

B. Verwaltungsgerichtshof

17.09.2014, [Ra 2014/04/0028](#)

GewO; eine **Auflage gem § 79 Abs 1 GewO** hat sich an den Inhaber der Betriebsanlage zu richten und darf nur gegen diesen normativ wirken; „Inhaber“ ist, wer eine Sache in seiner Gewahrsame hat (§ 309 ABGB); ua ist auch der Bestandsnehmer vom Inhaberbegriff eingeschlossen; mit der **Innehabung der Betriebsanlage** wird die Möglichkeit der Bestimmung des in der Betriebsanlage ausgeübten faktischen Geschehens angesprochen

23.10.2014, [Ro 2014/11/0067](#)

VwGG; da die Revision noch nicht dem VwGH vorgelegt worden war, hatte das VwG gem § 46 Abs 4 VwGG über den **Wiedereinsetzungsantrag** mittels Beschluss zu entscheiden; das VwG hat den Wiedereinsetzungsantrag in merito abgewiesen; gegen diesen Beschluss kommt - entgegen der Rechtsmittelbelehrung - gem Art 133 Abs 9 B-VG ausschließlich eine **Revision** in Betracht; vor diesem Hintergrund war der **als „Vorlageantrag“ bezeichnete Schriftsatz** rechtlich als Revision zu werten, und zwar im Hinblick auf das Fehlen eines Ausspruchs gem § 25a Abs 1 VwGG als ordentliche Revision

23.10.2014, [Ro 2014/11/0075](#)

TabakG; Verstoß gegen das **Rauchverbot** in einem Cafe; die Erteilung entsprechender Anweisungen an die Angestellten und stichprobenartige, nicht näher konkretisierte Überprüfungen genügen nicht den Anforderungen an ein **wirksames Kontrollsystem** iSd § 5 Abs 1 VStG

20.11.2014, [2011/07/0197](#)

PflanzenschutzmittelG; das bloße Lagern von Pflanzenschutzmitteln stellt kein Inverkehrbringen iSd § 2 Abs 10 PflanzenschutzmittelG dar; wenn aber schon **das bloße Lagern nicht als Inverkehrbringen** zu beurteilen ist, kann die Zurverfügungstellung eines Lagerraums – entgegen der Ansicht der bf Partei – diesen Tatbestand ebenfalls nicht erfüllen

20.11.2014, [2011/07/0244](#)

UVP-G; in Fragen der Beweiswürdigung ist die Kontrollbefugnis des VwGH darauf eingeschränkt, ob der maßgebende **Sachverhalt ausreichend ermittelt** wurde und die bei der Beweiswürdigung angestellten Erwägungen schlüssig sind; Verfahrensparteien haben kein subjektives Recht auf die im **Ermessen der Behörde** liegende kassatorische Entscheidung und Zurückverweisung der Angelegenheit gem § 66 Abs 2 AVG; die Beschwerden (ua fehlerhafte ediktale Kundmachung, fehlende Einwendungsmöglichkeit, Verletzung des Parteiengehörs, gesetzwidrige Vorhabensdefinition, mangelnde Beschränkung der maximalen Verbrennungskapazität, mangelhafte Alternativprüfung, raumordnungsrechtliche Aspekte) erweisen sich als unbegründet

20.11.2014, [2012/07/0202](#)

AbfallwirtschaftsG; Feststellung der Behörde, dass es sich bei zwei im Auftrag der bf Partei transportierten Kraftfahrzeugen, um gefährlichen Abfall iSd AbfallwirtschaftsG handle; der Umstand, dass in gelagerten Altfahrzeugen umweltrelevante Mengen an gefährlichen Anteilen und Inhaltsstoffen wie zB Bremsflüssigkeiten oder Motoröl vorhanden sind, hat nach der Lebenserfahrung einen so hohen Grad an Wahrscheinlichkeit, dass davon ausgegangen werden kann, dass **nicht**

trockengelegte Autowracks gefährlicher Abfall sind; zu dieser Beurteilung bedarf es keiner detaillierten Untersuchung; auf eine konkrete Kontamination kommt es bei der Beurteilung des Vorliegens von gefährlichem Abfall nicht an

21.11.2014, [2013/02/0223](#)

Sbg GrundverkehrsG; Sbg RaumordnungsG; ein **Zweitwohnsitz** liegt dann vor, wenn Wohnungen oder Wohnräume dem Aufenthalt während des Urlaubs, des Wochenendes oder sonstigen Freizeit Zwecken dienen und diese Nutzung nicht im Rahmen des Tourismus erfolgt; alleine aufgrund des Bezugs von Arbeitslosengeld kann noch nicht auf eine Freizeitnutzung eines Objekts iSd Gesetzes geschlossen werden; die **Offizialmaxime** entbindet die Parteien nicht davon, durch substantiiertes Vorbringen zur Ermittlung des Sachverhalts beizutragen, wenn es einer solchen Mitwirkung bedarf

21.11.2014, [Ra 2014/02/0043](#)

GüterbeförderungsG; die VO 561/2006 nimmt in zwei Bestimmungen (Art 4 lit b und Art 13 Abs 3) ausdrücklich auf den Werkverkehr Bezug und behandelt diesen dabei jeweils als Alternative zur gewerblichen Beförderung; wenn die VO daher in Art 3 lit h auf Fahrzeuge Bezug nimmt, die zur nichtgewerblichen Güterbeförderung verwendet werden, werden damit nicht nur Fahrzeuge zur privaten Güterbeförderung angesprochen; da die VO den Werkverkehr nicht als **gewerbliche Güterbeförderung** ansieht, hegt der VwGH – iSd Urteils des EuGH vom 6. Oktober 1982, 283/81, CILFIT – keine Zweifel, dass der Begriff der „nichtgewerblichen Güterbeförderung“ in Art 3 lit h der VO 561/2006 auch den Werkverkehr umfasst; die Verpflichtung zum Einbau und zur **Benutzung des Kontrollgeräts gem Art 3 Abs 1 der VO 3821/85** besteht grundsätzlich auch für Fahrzeuge, die der Güterbeförderung im Werkverkehr dienen

24.11.2014, [2013/04/0153](#)

MineralrohstoffG; das **Recht zur Stellungnahme** umfasst auch das Recht, sich einer sachkundigen Person zu bedienen, wenn es sich nicht um die Stellungnahme zu einem Beweisergebnis handelt, dessen Beurteilung jedermann möglich ist, sondern um die Stellungnahme zu einem Sachverständigengutachten, dem nur in der Weise wirksam entgegengetreten werden kann, dass auch die Partei sich einer sachkundigen Person bedient; ein bloßes Zuwarten mit der Bescheiderlassung ohne ausdrückliche Einräumung einer Frist zur Vorlage einer entsprechenden gutachtlichen Äußerung entspricht nicht dem Gesetz

24.11.2014, [2014/04/0002](#)

GewO; zur Sicherung der Einhaltung der im Interesse der österreichischen Neutralität erlassenen Bestimmungen des KriegsmaterialG ist es nicht notwendig, dass die Mitglieder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe oder die geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter einer juristischen Person, die das **Gewerbe des Handels mit militärischen Waffen** ausüben will, die österreichische Staatsbürgerschaft aufweisen, zumal die Missachtung des KriegsmaterialG gerichtlich und verwaltungsbehördlich strafbar ist; mögliche Schwierigkeiten bei der Prüfung der Zuverlässigkeit in Einzelfällen vermögen es nicht zu rechtfertigen, juristische Personen, deren vertretungsbefugte Organe nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, schlechthin vom Gewerbe des Handels mit militärischen Waffen auszuschließen; die Anwendung der einen generellen Staatsbürgerschaftsvorbehalt für das angemeldete Gewerbe enthaltenden Regelung des § 141 Abs 1 Z 2 lit b GewO hat infolge des **Anwendungsvorrangs des Unionsrechts** zu unterbleiben

26.11.2014, [2013/05/0035](#)

BauO für Wien; wird die erforderliche **Baubewilligung nachträglich erteilt**, wird ein **Bauftrag** gegenstandslos; läuft die Bewilligung in der Folge ab oder wird sie widerrufen, müssen neue Aufträge erteilt werden; um die Vollstreckung des Abtragungsauftrags zu hindern, muss die nachträgliche Bewilligung – nach dem Wortlaut des Gesetzes (vorschriftswidriger Bau, für den eine nachträgliche Baubewilligung nicht erteilt worden ist) – jenes Bauwerk zum Gegenstand haben, dessen Vorschriftswidrigkeit im Titelverfahren festgestellt wurde

27.11.2014, [2013/03/0022](#)

EisenbahnG; die bei Erteilung der Baubewilligung vorgeschriebene angemessene Bauausführungsfrist gem § 31g EisenbahnG kann nur aus Gründen, die mit der Ausführung des Eisenbahnbauvorhabens in notwendigem Zusammenhang stehen und die auch bei der Festlegung der ursprünglichen Bauausführungsfrist berücksichtigt werden könnten, verlängert werden; der Wunsch eines Bewilligungsinhabers, aus wirtschaftlichen Erwägungen mit dem Bau der Eisenbahn zuzuwarten, rechtfertigt für sich keine **Verlängerung der Bauausführungsfrist gem § 31g EisenbahnG**

27.11.2014, [2013/03/0092](#)

EisenbahnG; gem § 70 Abs 1 EisenbahnG sind die für sonst nötige Leistungen nach § 58 Abs 2 bis 4 EisenbahnG für den Zugang zur Schieneninfrastruktur zu entrichtenden Entgelte nach den Grundsätzen angemessenen Kostenersatzes und branchenüblichen Entgelts zu ermitteln; zu den sonstigen Leistungen zählen nach § 58 Abs 2 Z 2 EisenbahnG ua die vorliegend relevante Mitbenutzung von Personenbahnhöfen einschließlich zugehöriger Gebäude und Einrichtungen; Entgelte gebühren nur für eine Inanspruchnahme eines Bahnhofs und seiner spezifischen Ausstattung für die konkrete Fernverkehrsnutzung

27.11.2014, [2013/03/0152](#)

EisenbahnG; **AVG**; auf Grund eines Antrags auf Zustellung des Bescheids haben Bf einen Anspruch darauf, dass entweder entsprechend diesem Antrag der Bescheid zugestellt wird oder dass dann, wenn die belangte Behörde die Auffassung vertritt, den Bf komme in dem betreffenden Verfahren keine Parteistellung zu, darüber mit Bescheid abgesprochen wird, wobei auch ein Feststellungsbescheid über die Parteistellung in Betracht kommt; eine Entscheidungspflicht über einen Eventualantrag kann so lange nicht bestehen, als der Hauptantrag nicht rechtskräftig abgewiesen worden ist

04.12.2014, [2013/03/0149](#)

TelekommunikationsG; Ausschreibungsbedingungen treffen keine Enderledigung über die Frequenzteilung, die Auswirkungen auf den „betreffenden Markt“ haben könnte und stellen demnach keine Vollziehungshandlung iSd § 128 TelekommunikationsG dar; es handelt sich bei den Ausschreibungsbedingungen aber auch nicht – in gebotener richtlinienkonformer Auslegung des § 128 TelekommunikationsG – um eine Maßnahme, die von der Telekom-Control-Kommission als Regulierungsbehörde nach der Rahmenrichtlinie oder den Einzelrichtlinien getroffen würde; der Grundsatz der ökonomischen Effizienz, wie er in § 55 Abs 2 TelekommunikationsG für die Zuteilung von Frequenzen durch die Telekom-Control-Kommission (unter anderem) maßgebend ist, stellt nicht auf den „dem Markt für Frequenzen (...) nachgelagerte(n) Markt für mobile Kommunikationsdienste“ ab, sondern bezieht sich ausschließlich auf die Frequenzteilung; ein Auktionsdesign für die Vergabe von Frequenzen in einem wettbewerbsorientierten Auswahlverfahren hat sich nicht an der Zielsetzung zu orientieren, bestehenden Mobilnetzbetreibern in jedem Fall ausreichende Frequenzteilungen für den Fortbestand des jeweiligen Unternehmens zu garantieren

15.12.2014, [2013/04/0007](#)

GewO; **AVG**; die in § 13a AVG geregelte Manufaktionspflicht umfasst nicht die Verpflichtung der Behörden, Unterweisungen zu erteilen, wie ein Vorbringen zu gestalten ist, damit dem Antrag allenfalls stattgegeben werden könnte

15.12.2014, [2013/04/0070](#)

GewO; die Ausnahmebestimmungen des § 2 GewO sind in verfassungskonformer Interpretation im Rahmen ihres möglichen Wortsinns jedenfalls so zu verstehen, dass die Vorschriften der GewO nur auf jene gewerblichen Tätigkeiten anzuwenden sind, für die dem Bund eine Regelungskompetenz zukommt; der Betrieb einer - nicht zu Heilzwecken, sondern der Freizeitgestaltung dienenden – Badeanstalt fällt nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 2 Abs 1 Z 17 GewO, sondern ist vom Anwendungsbereich der GewO erfasst

15.12.2014, [2013/04/0078](#)

GewO; wegen des konstitutiven Charakters der Gewerbeanmeldung hat die Behörde von der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Anmeldung auszugehen; dem in § 339 Abs 2 GewO normierten Erfordernis der genauen Bezeichnung des Gewerbes wird (nur) dann entsprochen, wenn die gewählte Bezeichnung die Art der beabsichtigten Gewerbeausübung eindeutig erkennen und keinen Zweifel über den damit umschriebenen Gegenstand aufkommen lässt; ein mit „Herstellung von thermischen Kraftwerksanlagen“ bezeichneten Gegenstand ist gegenüber dem Tätigkeitsbereich reglementierter Gewerbe nicht klar abgrenzbar

15.12.2014, [2013/04/0108](#)

GaswirtschaftsG; im ggst Verfahren über die Feststellung der Kosten der Bf nach § 69 Abs 1 und § 79 GaswirtschaftsG war eine Unabhängigkeit der belangten Behörde nach Art 39 Abs 4 lit b der RL 2009/73 in Form einer Unabhängigkeit von Marktinteressen bzw von anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen nicht sichergestellt, da eines ihrer Mitglieder zum Zeitpunkt der Entscheidung für eine beschwerdeberechtigte Interessensvertretung (Arbeiterkammer) tätig war

17.12.2014, [2012/06/0109](#)

Eisenbahn-EnteignungsentschädigungsG; von der Regelung des § 44 Abs 1 Eisenbahn-EnteignungsentschädigungsG ist auch **Kostenersatz für Aufwendungen für Privatsachverständige** umfasst; eine Einschränkung, wofür die konkreten Kosten angefallen sind, kennt § 44 Abs 1 leg cit seinem Wortlaut nach nur dahingehend, dass die Kosten nicht durch ein ungerechtfertigtes Einschreiten hervorgerufen werden, nicht aber in Bezug darauf, für welche Art von Parteihandlungen die Kosten angefallen sind; bei Privatsachverständigenkosten kommt es somit darauf an, ob iSd § 44 Abs 1 leg cit ein ungerechtfertigtes Einschreiten der Partei diese Kosten hervorgerufen hat

17.12.2014, [2012/06/0154](#)

Sbg BaupolizeiG; bei der **Neuerrichtung eines eingestürzten bzw abgerissenen Altbestands** liegt eine baubewilligungspflichtige Maßnahme nach § 2 Abs 1 Z 1 Sbg BaupolizeiG und nicht etwa bloß eine „sonstige Änderung von Bauten“ nach § 2 Abs 1 Z 4 leg cit vor

17.12.2014, [2013/06/0234](#)

Tir BauO; ob ein **Bauteil als „untergeordnet“ zu qualifizieren** ist, hängt vom Verhältnis zum restlichen Bauwerk ab; nur weil ein Bauteil in § 2 Abs 16 Tir BauO genannt ist, ist er nicht ohne Rücksicht auf seine Dimensionierung im Verhältnis zum restlichen Bauwerk jedenfalls als „untergeordneter Bauteil“ anzusehen

17.12.2014, [Ro 2014/03/0007](#)

EisenbahnG; wenn eine Partei einen Antrag stellt, obwohl die Behörde auch von Amts wegen vorzugehen hätte, hat über diesen Antrag eine Erledigung zu ergehen; die Regulierungsbehörde (Schienen-Control Kommission) hat ihre **Zuständigkeit durch § 74 EisenbahnG** auch bei einer Beschwerde gegen eine Zuweisungsstelle bzw deren Schienennetz-Nutzungsbedingungen wahrzunehmen

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Bgld 28.11.2014, [E B04/09/2014.010/002](#)

WasserrechtsG; AVG; das **Fax** zählt zu den **technischen Übermittlungsformen**, da die Aufzählung von Fax und Datenübertragung durch „jede andere technisch mögliche Weise“ ergänzt wird, was grammatikalisch nur so interpretiert werden kann, dass es eine Vielzahl von technisch möglichen Übermittlungsformen gibt, eine davon jedoch das Fax ist

LVwG NÖ 08.10.2014, [LVwG-AB-14-4128](#)

VwGVG; es ist nicht iSd Gesetzes, wenn das VwG, statt seine Kontrollbefugnis wahrzunehmen, jene Institution darstellt, die erstmals den entscheidungswesentlichen Sachverhalt - sei es auch nur in einem Teilaspekt - ermittelt und einer Beurteilung unterzieht; die **Aufgabe des VwG** liegt nämlich nicht darin, die Verwaltung zu führen, es übt vielmehr gegenüber der Verwaltung eine **Kontrollfunktion** aus

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[28.01.2015, C-375/13, Kolassa](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verbraucherverträge – **Verbraucher** mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, der von **einer Bank mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat** ausgegebene Papiere von einem Vermittler mit Sitz in einem dritten Mitgliedstaat erworben hat – **Zuständigkeit für Klagen gegen die Bank**, die diese Papiere ausgegeben hat

28.01.2015, Rs C-417/13, Starjakob

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 1 und Abs 2 Buchst a – Art 6 Abs 1 – **Diskriminierung wegen des Alters** – Nationale Regelung, die die Anrechnung der vor der Vollendung des 18. Lebensjahrs zurückgelegten Vordienstzeiten bei der **Festsetzung des Gehalts** von der Verlängerung der Vorrückungszeiträume abhängig macht – Rechtfertigung – Eignung, das angestrebte Ziel zu erreichen – Möglichkeit, die **Verlängerung der Vorrückungszeiträume anzufechten**

B. Schlussanträge

28.01.2015, Rs C-579/13, P und S (GA Szpunar)

Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – **Einwanderungspolitik** – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen – Richtlinie 2003/109/EG – Art 5 Abs 2 und Art 11 Abs 1 – **Integrationspflicht nach nationalem Recht** – Gleichbehandlung von langfristig Aufenthaltsberechtigten – Verhältnismäßigkeit – **Geldbuße**

29.01.2015, Rs C-28/12, Kommission / Rat (GA Mengozzi)

Nichtigkeitsklage – Art 218 AEUV – Beschluss über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung internationaler Übereinkünften – **Gemischter Beschluss** des Rates und der Vertreter der Regierungen der **Mitgliedstaaten** – Alternatives Verfahren – Abstimmungsregeln – **Pflicht zu loyaler Zusammenarbeit** – Grundsatz der organisatorischen Autonomie der Organe – **Einheitliche Vertretung der Union**

29.01.2015, Rs C-649/13, Comité d'entreprise de Nortel Networks ua (GA Mengozzi)

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Insolvenzverfahren** – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Sekundärinsolvenzverfahren – **Zuständigkeit** für die Bestimmung des Wirkungsbereichs eines **Sekundärinsolvenzverfahrens** – Ausschließliche oder alternative Zuständigkeit – Bestimmung des **anwendbaren Rechts** – Auf einem Treuhandkonto in einem Drittland deponierter Erlös aus der Veräußerung des Schuldnervermögens

C. Gericht

28.01.2015, Rs T-341/12, Evonik Degussa / Kommission

Wettbewerb – Verwaltungsverfahren – Europäischer Markt für Wasserstoffperoxid und Perborat – Veröffentlichung einer Entscheidung, mit der eine **Zu widerhandlung gegen (ex-)Art 81 EG** festgestellt wird – **Ablehnung eines Antrags auf vertrauliche Behandlung von Informationen**, die der Kommission gemäß ihrer Mitteilung über Zusammenarbeit übermittelt worden sind – Begründungspflicht – Vertraulichkeit – Berufsgeheimnis – **Vertrauensschutz**

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

27.01.2015, Beschwerde Nr. 59552/08, Rohlena / Tschechien

Keine Verletzung von Art 7 EMRK (Keine Strafe ohne Gesetz); **Verurteilung** des Bf aufgrund von wiederholter „Misshandlung im selben Haushalt lebender Personen“ für den Zeitraum von 2000-2006; **Einführung** dieses **Straftatbestands** im Jahr **2004**; **keine rückwirkende Anwendung** von Strafbestimmungen, da diese Handlungen zuvor bereits von anderem Straftatbestand erfasst waren; kein Unterschied, ob Verurteilung aufgrund einmaliger oder **wiederholter Handlung**

27.01.2015, Beschwerde Nr. 24109/07, Asiye Genç / Türkei

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **Tod** des zu früh geborenen Kindes der Bf, da in den nach der Geburt aufgesuchten **Krankenhäusern keine ausreichenden Kapazitäten** zur Versorgung des **Säuglings** mit Atembeschwerden waren; konventionswidrige **Verweigerung** der **medizinischen Versorgung** aufgrund der mangelhaften Organisation und Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser; unzureichende Untersuchung der Todesumstände

27.01.2015, Beschwerde Nr. [25358/12](#), *Paradiso und Campanelli / Italien*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Unterbringung eines durch eine **Leihmutter** in Russland geborenen **Kindes** in einer **Pflegefamilie**, nachdem sich herausgestellt hatte, dass das Kind mit seinen vermeintlichen **biologischen Eltern nicht verwandt** ist; Absicht der Eltern, gesetzliche Vorschriften in Italien bezüglich des Verbots der Leihmutterschaft bzw. internationale Adoptionsbestimmungen zu umgehen, dafür nicht hinreichend; Wegnahme eines Kindes als extreme Maßnahme, die immer am **Kindeswohl** zu orientieren ist

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.